

## **Aus der Online-Diskussion zu „Hart aber fair“ vom 5. Februar 2024<sup>1</sup>**

Am frühen Abend des Tages war ich auf diese Sendung aufmerksam geworden – und wollte meiner Empörung darüber Ausdruck geben, dass zu diesem Thema ein Vertreter der AfD(-Bundestagsfraktion) und der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Thüringen eingeladen worden waren; Letzterer hatte im letzten Jahr mit FDP- und AfD-Stimmen eine Senkung von Unternehmenssteuern durchgesetzt und damit die Handlungsspielräume der rot-rot-grünen Minderheitsregierung des Landes beschnitten.

Mein Beitrag als Einstieg (er blieb bis zum Mittag des 6. Februar unbeantwortet): „Herr Klamroth, geht es noch??? Sie machen eine Sendung zu der Frage, wie mit "extrem rechts" umzugehen sei, und laden einen CDU-Politiker, der bereits mit der AfD gemeinsame Sache gemacht hat<sup>2</sup>, und einen AfD-Mann<sup>3</sup> zu diesem Thema ein. Was soll das? Ich möchte eine Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD und zu der Frage, wie man sie bekämpfen kann. Dazu muss man ihr kein Forum bieten. Schämen Sie sich, den Zuschauern so etwas zuzumuten!!!“

Jürgen R. schrieb: „Noch etwas: wirft den deutschen nicht immer vor RECHTs zu sein nur weil sie für ihre Meinung einstehen! Einerseits darf die Gräueltat nicht vergessen werden, denn so etwas darf sich nie wieder wiederholen! Andererseits ist auch irgendwann einmal gut mit den Vorwürfen, mit denen die heutigen Generationen rein gar nichts mehr zu tun haben. Schaut dass es dem Volk gut geht, dann gibt es auch kein links oder rechts!“

Meine Antwort (leider erst am Folgetag verfasst): „Ganz so einfach ist es leider nicht. Für seine Meinung einstehen ist das eine, und das muss nicht bedeuten, "rechts" zu sein. Aber wenn diese "Meinung" darauf hinausläuft, die Rechte von Menschen einzuschränken oder auch nur in Frage zu stellen, die ihnen das Grundgesetz unseres Landes gewährt, dann muss dies aufgezeigt und dann muss dagegen aufgestanden werden. Und noch etwas, das mir noch viel wichtiger erscheint: Wenn an das erinnert

---

<sup>1</sup> ,Thema der Sendung: „Was tun gegen die extrem Rechten: zuhören, demonstrieren, verbieten?“

<sup>2</sup> [Prof. Mario Voigt](#), Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Thüringen und der CDU-Landtagsfraktion

<sup>3</sup> [Leif-Erik Holm](#), AfD, Mitglied des Deutschen Bundestags

wird, was im so genannten "Dritten Reich" an Unrecht geschehen ist, dann hat dies nichts, aber auch gar nichts mit "Vorwürfen" an die heute lebenden Menschen zu tun; es hat schlicht und ergreifend damit zu tun, dass diese Ereignisse niemals in Vergessenheit geraten dürfen, weil sie sich niemals wiederholen dürfen. Aber genau dies ist mit der in den zehn Jahren ihres Bestehens erfolgten Wandlung der AfD nicht auszuschließen, und genau deshalb muss auch die Diskussion um sie geführt werden.“

Jesus II schrieb: „Die Leute gehen doch jetzt für Vielfalt und Demokratie auf die Strasse. Von der Regierungsposition abweichende Meinung als "rechtsextrem" zu diffamieren ist jedoch zutiefst undemokratisch, Den jahrelangen und anhaltenden Rechtsbruch in der Migrationspolitik zu beenden ist nur gut und billig und sollte von jedem, der etwas auf das Grundgesetz hält mit Nachdruck eingefordert werden. Mitbürger auf Grund nicht genehmer Positionen abzuwerten, aus der Gesellschaft auszuschließen und moralisch zu delegitimieren ist zutiefst spaltend und faschistisch. NIE WIEDER passiert genau JETZT...“

Ralf antwortet: „In einigen ihrer Argumente ist wohl nachvollziehbares zu finden. Allein der Ton macht aber manchmal auch die Musik. Und der ist leider von einigen in der AfD nicht sonderlich verträglich. Umgekehrt gibt solche Ausreißer natürlich auch. Trotzdem sollte eine für die meisten Menschen akzeptierbare Politik erst gar keinen Extremismus hervorbringen.“

Meine Antwort: „Ich fürchte, Sie haben etwas falsch verstanden. Es sind nicht "die Regierung" oder die "Altparteien", die Mitbürger wegen nicht genehmer Meinungen abwerten, sondern es ist die AfD, die dies betreibt. NIE WIEDER passiert eben NOCH NICHT, aber es muss JETZT verhindert werden! “

Jürgen Albrink schrieb: „Die AfD ist eine demokratisch gewählte Partei. Sie steht fest zur FDGO der Bundesrepublik. Wer wirklich will, kann sich über ihr Parteiprogramm informieren bzw. auf Youtube ihre Reden anhören. Wer Belege hat, die das Gegenteil belegen, soll sich bei Herrn Haldenwang melden. Der wartet dringend darauf.“

GutBuerger antwortet: „Hass und Hetze überzeugen mich nicht.“

Manja Schröter antwortet: „Oder man kann sich die Reden im Bundestag anhören. Das Parteiprogramm der AfD hat höchstwahrscheinlich ein nur sehr geringer Teil der politisch-korrekten Demonstranten gelesen, Wenn ich gezielt jemanden frage, was ihm am Parteiprogramm der AfD denn nicht gefällt, folgt das große Schweigen. Ich möchte wetten, die haben nicht mal die Parteiprogramme der Parteien gelesen, die sie für politisch korrekt halten.“

Joachim Findeis antwortet: „Im Jahr 1933 wurde die NSDAP und ihr Parteivorsitzender Adolf Hitler auch demokratisch gewählt, das Resultat dürfte jedem bekannt sein. Was zeigt, dass wir mit deutschen Politikern mit österreichischer Herkunft sehr schlechte Erfahrungen gemacht haben. Deshalb Einreiseverbot für Martin Sellner, der sollte bei der rechtsextremistischen FPÖ bleiben.“

Yaso\_Kuhl antwortet: „Herr Haldenwang selbst hat sich kilometerweit vom Boden der FDGO entfernt und handelt gerne mal verfassungswidrig! Ob aus linker Überzeugung oder auf Geheiß seiner Chefin, der Linksradikele die das Bundesinnenministerium leitet, müsste man noch klären...“

(Ich wollte ebenfalls auf diesen Post antworten, bin aber durch eine versehentlich betätigte Tastenkombination aus der „Antworten“-Funktion herausgeflogen und habe nicht mehr zurückgefunden. Einen Tag später weiß ich nicht mehr, was ich schreiben wollte.)

Babsy schrieb: „Was hilft gegen die extrem Rechten ? Vielleicht nur noch der sozialistischen Staat der Klimaideologen ? Olaf Scholz hat jüngst noch selbst in einem Spiegel-Interview vollmundig versprochen, dass er konsequente Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber und illegaler Einwanderer veranlassen wird. Der Spiegel schrieb von Deportation. Aber wenn zwei das gleiche tun ist es in unserer DDR 2.0 nicht das selbe !!! Er schickt das dumme Wahlvieh, wie in der ehemaligen DDR im Interesse der Ampel-Volkskammer auf die Straße und hetzt gleichzeitig gegen die einzige Opposition. Es gibt schon wie damals, Bestrebungen die Opposition zu verbieten. FCK - AMPEL!“ (Dieser Post wurde nicht beantwortet. Auch ich werde ihn nicht nachträglich kommentieren, weil ich finde, dass er für sich spricht und daher nicht nur so stehen bleiben kann, sondern sogar so stehen bleiben *muss!*)

kurt Alt schrieb: „Ich gehöre zu denen die die Zeit direkt nach dem Krieg als Kind erlebt habe. Weis also noch genau wovon wir damals gelebt haben. Getreidekörner gesucht, gebacken und als Kaffee gemahlen. Als Suppen gab es Brennesselsuppe mit Knoblauch für den Geschmack. Ich begreife nicht das der Osten, nachdem er erlebt hat was Diktatur heißt in so einen Stil zurückfällt. Der beste Rat an Politiker zur Klarstellung der Grundlage ist eine offene Diskussion mit Fakten. Was passiert ohne Mitgliedschaft der Nato, was geschieht wenn man den Dexit haben will (Siehe England), Was wenn wir die Grenzen schließen und für die Staaten um uns herum nur noch mit einem Visa einreisen können. Wo bleiben die Fragen an die AFD??? Denn diese Fragen wird niemand beantworten können ohne sich zu outen das man sich persönliche Vorteile verschaffen will. Sie Russland und seine Oligarchen. Ich höre nur Verbote. Diese Personen kann man nur in Diskussionen kaltstellen. Pläne für eine

Staatsführung haben diese Leute nicht. Also !!“ (Dieser Post blieb unbeantwortet, spricht jedoch ebenso wie der vorstehend zitierte für sich – in diametral entgegengesetzter Richtung!)

Bernd Wiebke schrieb: „Wer glaubt den noch an die Correctiv Lüge. Das wurde doch jetzt schon oft widerlegt...“

Meine Antwort (beim Absenden offenbar verlorengegangen, am 06.05. nachgeholt): „Belegen Sie dies bitte! Behauptungen aufstellen genügt nicht - hier müssen Fakten benannt werden!“

B.Estner schrieb: „Aha was denen "da oben" nicht paßt wird verboten. Toll und das soll sich Demokratie nennen? Das nenne ich Diktatur und in einem solchen Land möchte ich nicht leben. Armes Deutschland wo bist du nur hingekommen?“

Meine Antwort (leider erst am 06.05. abgeschickt, weil ich auch beim Verfassen dieses Beitrags aus der „Antworten“-Funktion herausgeflogen war): „Ich gehöre nicht zu denen "da oben", aber ich gehöre zu einer Gruppe von Menschen, deren Leben den geistigen Vorvätern derjenigen, die mittlerweile die AfD gekapert haben (vergessen wir nicht, dass etwa Bernd Lucke seinerzeit eine ganz andere "Alternative für Deutschland" wollte) als "nicht lebenswert" galt - und die (Frau Ulmen-Fernandes erwähnte es in der Sendung) heute anscheinend zumindest von einigen Mitgliedern dieser Partei wieder als "Ballast" angesehen werden. Diese geistigen Vorväter haben eine Diktatur errichtet und Millionen Menschenleben auf ihr (leider nicht vorhandenes) Gewissen geladen - auch das von Menschen mit Behinderung. Ich sage nicht, dass Gleiches wieder geschehen wird, aber ich fürchte das, was unterhalb dessen geschehen kann. Unsere Demokratie hat Mittel vorgesehen, um eine neue Diktatur zu verhindern; wenn die politische Auseinandersetzung ergebnislos bleibt wünsche ich mir, dass sie eingesetzt werden.“

Ismail Yarkin schrieb: „Höcke fordert seit 2019 „wohltemperierte Grausamkeiten“ im Rahmen der Remigration von „25-30%“ der Deutschen Bevölkerung. Das sind alle mit Migrationshintergrund! 1933 hatten Juden die falsche Religion 2024 haben 30% in Deutschland die falsche Abstammung?!? Das Verbotsverfahren der AfD ist überfällig! Die Opferrolle der AfD kann kein Hinderungsgrund sein! Und die Protestwähler wissen, wie 1933, wen sie wählen und billigen somit diese Ideologie!“

Meine Antwort (vom 06.05.): „Danke für diesen Beitrag! Er hätte gestern Herrn Holm entgegengehalten werden sollen.“

Oberlehrer schrieb: „Gegen alle AFD-Wähler blind zu hetzen ist nicht demokratisch. "Sei ein Mensch !!!" Aber diese Demonstranten sind es nicht !!! In den vergangenen drei Wochen organisierten verschiedene überparteiliche Bündnisse mehr als 400 Kundgebungen. Das von der linken Rechercheplattform „Correctiv“ geschilderte „Geheimtreffen“ mit Politikern der AfD, bei dem angebliche Massendepортationen von Migranten mit deutschem Paß geplant worden sein sollen, mobilisierte viele: Allein am vergangenen Wochenende nahmen deutschlandweit mehr als 570.000 Personen an Demonstrationen gegen Rechtsextremismus beziehungsweise gegen die AfD teil, sagte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums am Montag unter Berufung auf Zahlen der Länder-Polizeien. Von Anfang an spielten die Klimabewegung „Fridays for Future“ sowie die linke Kampagnenplattform „Campact“ (JF 27/21) eine federführende Rolle dabei. „Campact“ betreibt das Portal „Zusammen gegen Rechts“.“

Meine Antwort (vom 06.05.): „Sie sprechen den Demonstranten gegen die AfD und deren Parolen (und nicht - das ist Ihr großer [gewollter?] Irrtum - gegen deren Wähler) ihr Mensch-Sein ab! Nur um es klar zu benennen: Die Nationalsozialisten haben den jüdischen Menschen ebenfalls das Mensch-Sein abgesprochen und das Leben von Menschen mit Behinderung als "lebensunwert" gebrandmarkt (und in "logischer Konsequenz" ausgelöscht). Ihre Sprache ist verräterisch - der von Ihnen gewählte Nickname möglicherweise auch. Und "zusammen gegen Rechts" zu sein ist mir tausendmal lieber als allein gegen Menschen verachtende Ideologien zu stehen!“

Th. Braasch schrieb: „Die Wiege der Menschheit läge in Afrika, nach neuestem Kenntnisstand in Jebel Irhoud. Dann hätten also alle Europäer, Asiaten, ... Migrationshintergrund. Ich verstehe da nicht, wie Olaf Scholz heute von 25% Deutschen mit "Einwanderungsgeschichte" sprechen kann. Es wären ja dann 100%, WELTWEIT! Napoleon kam mit seinen Truppen bis kurz vor Moskau, Dschingis Khan bis kurz vor Wien, etc. Was sollen also diese Kunstbegriffe "deutsch", "französisch", "mongolisch", ...? Das sind Willkürbegriffe von Menschenhand. Was "deutsch" ist, definiert m.E. unsere Verfassung. Man verhält sich "deutsch", wenn man z.B. die Würde aller 8 Mrd. Menschen achtet (Art. 1), alle 8 Mrd. Menschen NICHT nach Rasse, Herkunft, ... beurteilt (Art. 3), allen Asylsuchenden Asyl gewährt (Art. 16a). Wer das nicht tut, handelt also UN-deutsch. Ich hoffe, dass wir ALLE stets "deutsch" handeln statt nun allein 84 Mio. "Deutsche" nach Marokko remigrieren zu müssen. Frau Weidel lebt doch auch als Migrantin gut in der Schweiz.“ (Auch diesen Post lasse ich unkommentiert stehen.)

Doris Berger schrieb: „Ich hoffe Klamroth nutzt die Chance journalistisch aufzuklären, wo ARD und ZDF insofern versagten, weil sie das Wort Deportation und Vertreibung

nutzten, um der AfD zu schaden. Laut Presseclub vom 28.1.2024 ab min. 21.25 (Mediathek) spricht Journalistin Sabine Rennefranz, die von der Betitelung "Nazi" bezüglich der AfD Abstand nimmt, wie es bei den aktuellen Demos aufgrund der Recherche von Correctiv, gegen die AfD massenhaft gebraucht wird. Weil es auch von Ö.R. Sendern in die Nähe der Wannseekonferenz gebracht wurde, wo der Holocaust an den Juden organisiert wurde (war damals aber Luftlinie 7 km entfernter). Von Annette Dowideit von Correctiv wurde bestritten, dass auf dem belauschten Treffen (kein offizielles alleiniges AfD Treffen, auch CDU usw. dabei) von Deportation, Vertreibung gesprochen wurde. Frau Dowideit sagte, das hätten die Medien später selbst daraus gemacht! Es wurde Deportation und Wannseekonferenz bewusst ins Reden gebracht. SO wenden sich INFORMIERTE Wähler nicht ab!“

Meine Antwort (vom 06.05. [es ist leider unklar, ob das Absenden erfolgreich war]): „Auf diesen Beitrag hin habe ich mir den Correctiv-Bericht über das Potsdamer Treffen genau angesehen. Richtig ist, dass darin die Begriffe "Deportation" und "Vertreibung" nicht enthalten sind. Richtig ist aber auch, dass bei dem Treffen inhaltlich über genau diese Dinge gesprochen wurde. Die der AfD zuzuordnenden bei diesem Treffen anwesenden Personen haben keine Einwände gegen die vorgeschlagenen, immerhin als von den Veranstaltern als "Masterplan" deklarierten, Maßnahmen erhoben. Die anwesende Abgeordnete des Deutschen Bundestages will sogar bei ihrem Eintritt in die Partei derartige Vorstellungen "mitgebracht" haben. Spielt es da wirklich eine Rolle, ob diese Menschen dort als Vertreter der Partei oder als Privatperson anwesend waren?“

**Achtung:** Diese Auswahl ist *äußerst subjektiv zusammengestellt*. Mit ihr möchte ich einerseits aufzeigen, mit welch' (aus der Sicht eines Anhängers unseres Grundgesetzes und der durch dieses bedingten „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, für den ich mich jedenfalls halte) unsäglichen Argumenten bzw. Thesen 91 Jahre nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland wieder Diskussionen geführt werden, andererseits aber auch belegen, dass es auch noch (zum Glück) Menschen gibt, die sich hiergegen stemmen wollen. Dabei habe ich mich auf Beiträge beschränkt, die – wie mein eigener – vor der Sendung gepostet worden waren. Wer sich die Gesamtheit der Beiträge zumuten mag, findet sie auf <https://www1.wdr.de/daserste/hartaberfair/gaestebuch/hartaberfairgaestebuch784.html> (da das Video zur Sendung bis zum 05.02.2025, 23.59 Uhr, in der ARD-Mediathek abrufbar ist gehe ich davon aus, dass auch diese Beiträge so lange verfügbar sein werden). Die hier dargestellten Posts sind *unbearbeitet* wiedergegeben.

Düsseldorf, den 7. Februar 2024